

Vorlage für die Sitzung des Senats am 18.08.2020

EuropeAid-Projekt

„Verbesserung des Abfallmanagements in Windhoek/Namibia“

A. Problem

Die Freie Hansestadt Bremen ist seit über vierzig Jahren freundschaftlich mit Namibia und insbesondere der Hauptstadt Windhoek verbunden. So unterzeichneten Vertreter beider Städte im Jahr 2000 eine Vereinbarung zur gemeinsamen Umsetzung der Lokalen Agenda 21. In Partnerschaft mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) wurden seitdem gemeinsame Projekte zu den Themen berufliche Bildung, nachhaltige Mobilität und Abwasserentsorgung durchgeführt. Seit Oktober 2017 arbeiten Windhoek und Bremen, unterstützt durch das BMZ, gemeinsam an einer Klimapartnerschaft. Im Rahmen dieses Programms fanden mehrfach Austausche von kommunalen Experten beider Städte zu Themen wie Abfallwirtschaft, Abwassermanagement, nachhaltigem Tourismus und Umweltbildung statt.

Die Bevölkerung der Stadt Windhoek wächst kontinuierlich und hat sich seit 2001 verdoppelt. Schätzungen zufolge ist die Marke von 450.000 Einwohnern bereits erreicht. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt in informellen Siedlungen mit extrem hoher Arbeitslosigkeit und keiner bzw. kaum vorhandener Basisinfrastruktur, die die Grundbedürfnisse abdeckt. Unhygienische Lebensbedingungen tragen zur Verbreitung von Krankheiten bei, von denen besonders benachteiligte und marginalisierte Bevölkerungsgruppen betroffen sind. Die Formalisierung dieser Gebiete und in diesem Zuge die Reduzierung von Abfall, die Orientierung hin zu einer Kreislaufwirtschaft und eine Umwelt frei von Müll sind langfristige Ziele der Stadt Windhoek, wodurch auch ein großer Beitrag zum Klimaschutz geleistet wird. Vor diesem Hintergrund hat die dortige Stadtverwaltung in den vergangenen Jahren gegenüber Bremen mehrfach eine verstärkte Kooperation auf diesem Gebiet angeregt.

Die EU hat die Städte und Kommunen in den Partnerländern als wichtige Akteure im nationalen Entwicklungsprozess erkannt. Aufgrund ihrer territorialen Präsenz, ihres Wissens über lokale Bedarfe und ihrer Expertise in vielen traditionell zur Armutsreduktion beitragenden Sektoren (Urbanisierung, Wasser und Hygiene, Sicherung von Grundbedürfnissen) können sie die bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit aktiv unterstützen. Dafür hat die EU 2007 ein Finanzierungsinstrument eingerichtet, das seit 2014 unter dem Namen „Civil Society Organisation and Local Authorities“ (CSO-LA) läuft. Auf Basis dieses Finanzierungsinstruments werden Projekte der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zwischen Städten in der EU und in Ländern

des Globalen Südens gefördert. Der Drittmittelanteil beträgt hier bis zu 95 %.

Im Rahmen einer aktuell laufenden Ausschreibung dieses Finanzierungsinstruments (EuropeAid/167744/DH/ACT/Multi) hat die Senatskanzlei federführend für Bremen in Abstimmung mit der Stadt Windhoek im April 2020 eine Projektskizze zum Thema Abfallmanagement eingereicht und wurde auf Basis dieses Vorschlags von der EU-Kommission zur Einreichung eines Projekt-Vollantrags aufgefordert.

B. Lösung

Bremen reicht auf Basis der o.g. Ausschreibung gemeinsam mit der Stadt Windhoek einen Antrag zur Förderung des Projekts „Verbesserung des Abfallmanagements in Windhoek/Namibia.“ ein. Die Antragsfrist läuft bis zum 25. August 2020.

Von Seiten Bremens sind neben der Senatskanzlei folgende Kooperationspartner an dem Projekt beteiligt:

- Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau
- Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa
- Starthaus Bremen
- Die Bremer Stadtreinigung
- Förderverein Umwelt Bildung Bremen e.V.
- Universität Bremen, Lehrstuhl für Mittelstand, Existenzgründung und Entrepreneurship (LEMEX)
- Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)

Als Ergänzung zur Bremer Expertise ist vorgesehen, die Fachebene der Bremer Partnerstadt Durban in Südafrika im Rahmen von Workshops zu beteiligen, um das Projekt um die Perspektive eines weiteren Landes aus dem Globalen Süden zu ergänzen.

Der Projektvorschlag gliedert sich in drei Bestandteile:

Wissenstransfer durch Fachaustausche

Aufbauend auf den bisherigen Austausch im Bereich der Abfallwirtschaft sollen im Rahmen von Hospitationen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung Windhoek in Bremen Kenntnisse über die Gesetzgebung und Strukturen auf nationaler und kommunaler Ebene zu Fragen der Abfallwirtschaft, des Recyclings sowie der Finanzierungs- und Gebührensysteme vermittelt werden. Darüber hinaus sollen Projekte aus den Bereichen Abfallvermeidung, Recycling und Kreislaufwirtschaft präsentiert werden. Außerdem soll zu Beginn des Projekts ein Workshop für einige Mitglieder des Stadtrats von Windhoek in Bremen durchgeführt werden, um diesen eine Einführung in die Abfall-Gesetzgebung und die Praktiken in Deutschland zu vermitteln. Ebenso soll vor Ort in Windhoek ein „Zero-Waste“-Netzwerk unter Beteiligung von namibischen Kommunen, Entsorgungsbetrieben und Herstellern von Verpackungen dazu beitragen, Strukturen und Praktiken zur Vermeidung und fachgerechten Entsorgung von Abfall zu etablieren.

Schaffung von Einkommensmöglichkeiten und Förderung von Existenzgründungen

In Namibia herrscht eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, von der insbesondere junge Menschen betroffen sind. Im Rahmen des Projekts soll daher ein Inkubator für Neugründungen von Startups eingerichtet werden, die sich auf die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle in den Bereichen Abfallminimierung, Recycling und Wiederverwendung von Materialien spezialisieren sollen. Außerdem werden zwei Rückkaufzentren für die Sammlung spezifischer Abfallarten und die Umwandlung von Abfall in neue Produkte eingerichtet. Sie zielen darauf ab, die Stadt Windhoek in die Lage zu versetzen, Dienstleistungen rund um die Entsorgung von Abfall und Stadtsauberkeit vor allem in informellen Siedlungen anzubieten und deren langfristige Finanzierung durch die Entwicklung geeigneter Gebührenmodelle sicherzustellen.

Umweltbildung

Gemeinsam mit lokalen Umweltorganisationen und entsprechender fachlicher Zuarbeit von Akteuren aus Bremen soll eine auf Schülerinnen und Schüler und in der Folge an deren Eltern ausgerichtete Kampagne und Materialien erarbeitet und durchgeführt werden, um das Bewusstsein für Recycling und den richtigen Umgang mit den verschiedenen Abfallarten zu schärfen. Öffentlichkeitswirksame Aktionen nach dem Vorbild von „Bremen räumt auf“ sollen ebenfalls stattfinden, um weitere Zielgruppen zu erreichen.

Das Projekt soll zum langfristigen Ziel der Stadt Windhoek beitragen, die Menge des auf die dortige Deponie eingebrachten Abfalls zu reduzieren und in der Folge die Entstehung von klimaschädlichem Deponiegas zu verhindern. Außerdem trägt eine Erhöhung der Recyclingquote zu einer Reduzierung des Verbrauchs von Primärrohstoffen (Plastik, Glas, Papier, Metall) bei, wodurch ein signifikanter CO₂-Einspareffekt erzielt wird.

Das Projekt soll insgesamt über vier Jahre im Zeitraum von 2021 bis 2024 laufen. Die Festlegung des genauen Anfangs- und Enddatums wird Gegenstand des Fördervertrags mit der EU-Kommission sein.

C. Alternativen

Abgesehen von EuropeAid existieren keine Förderlinien, die Projekte der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit mit vergleichbarem finanziellen Umfang ermöglichen. Da die Stadt Windhoek nicht über entsprechende Eigenmittel verfügt und Bremen nicht in wesentlich größerem Umfang ein entsprechendes Engagement unterstützen kann, würde der Verzicht auf eine Antragstellung die o.g. Aktivitäten auf absehbare Zeit verhindern.

D. Finanzielle, personalwirtschaftliche und genderbezogene Auswirkungen

Es ist beabsichtigt, für das Projekt einen Antrag mit einem Gesamtvolumen von 2,7 Mio. € über einen Zeitraum von vier Jahren einzureichen. Im Antragsentwurf ist eine Förderquote von 95 % vorgesehen. Der Eigenanteil sollte zu je 2,5 % von Bremen und Windhoek getragen werden, was im Falle einer Förderzusage im Rahmen einer dann zu

schließenden bilateralen Vereinbarung zur Projektdurchführung verbindlich festzuschreiben wäre.

In €	2021	2022	2023	2024	Gesamt
EU	641.250	641.250	641.250	641.250	2.565.000 (95 %)
Windhoek	16.875	16.875	16.875	16.875	67.500 (2,5 %)
Bremen	16.875	16.875	16.875	16.875	67.500 (2,5 %)
Gesamt	675.000	675.000	675.000	675.000	2.700.000 (100 %)

Der Antrag muss spätestens zum 25. August eingereicht werden. Mit der Antragsstellung selbst ist keine Verpflichtung für die Freie Hansestadt Bremen zur Leistung von Ausgaben in künftigen Haushaltsjahren verbunden. Erst nach der Prüfung durch die EU-Kommission und einem ggf. positiven Bescheid würden Bremen die Förderkonditionen und die genaue Laufzeit zwecks Entscheidung einer Teilnahme mitgeteilt. Ab diesem Zeitpunkt dann muss eine verbindliche Entscheidung über die Durchführung des Projekts getroffen und im Rahmen der Unterzeichnung des Fördervertrags eine Zusage über die Bereitstellung des Eigenanteils über den gesamten Projektzeitraum abgegeben werden.

Im Falle eines Zuschlages ist beabsichtigt, ausgehend von dem dann zu schließendem Fördervertrag die Kofinanzierung des bremischen Anteils aus dem bremischen Klimafonds zu beantragen. Sollte eine entsprechende Finanzierung nicht möglich sein, ist der Anteil 2021 im Wege der Prioritätensetzung des Budgets für Entwicklungszusammenarbeit zu erbringen und für 2022 eine Anmeldung auf die Haushalte 2022-24 vorzunehmen

Befristet für die Dauer des Projekts ist vorgesehen, jeweils eine*n Projektmanager*in in Bremen und in Windhoek zu beschäftigen. Beide Stellen werden zu 100 % aus dem Projektbudget finanziert, es fallen keine zusätzlichen Personalausgaben an.

Frauen sind auf dem namibischen Arbeitsmarkt nach wie vor unterrepräsentiert. Im Rahmen der Auswahl der geförderten Startups soll daher verstärkt auf eine ausgewogene Gender-Repräsentation geachtet werden, um auf eine stärkere berufliche und gesellschaftliche Teilhabe von Frauen hinzuwirken.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Abstimmung der Vorlage mit dem Senator für Finanzen, der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau ist erfolgt, die Abstimmung mit der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa wurde eingeleitet.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Senatsvorlage kann nach Beschlussfassung über das zentrale elektronische Informationsregister veröffentlicht werden. Es bestehen keine datenschutzrechtlichen Bedenken.

G. Beschluss

1. Der Senat nimmt von der Antragstellung für das Projekt „Verbesserung des Abfallmanagements in Windhoek/Namibia“ im Rahmen von EuropeAid Kenntnis.
2. Der Senat bittet die Senatskanzlei ihn über den Fortgang des Bewerbungsverfahrens zu informieren und im Falle eines Zuschlages und Entscheidung zur Durchführung des Projektes auf Grundlage der Konditionen des dann zu schließenden Fördervertrages einen Vorschlag zur Finanzierung des bremischen Ko-finanzierungsanteils vorzulegen.